

GEHEIMDIENST

Die dunklen Seiten des Staates

Warum die Deutschen ein völlig verstörtes Verhältnis zu ihren Geheimdiensten haben.

VON Josef Joffe | 27. August 2015 - 03:55 Uhr

Die jüngste Geheimdienstaffäre gehorcht einem vertrauten Schema. Der Chefankläger leitet Ermittlungen gegen zwei Blogger ein; die Medien heulen auf; die Regierung misst den Wind und lässt den Generalbundesanwalt fallen. Harald Range weiß nicht, wie ihm geschieht. Schließlich muss er nach dem "Legalitätsprinzip" ermitteln, wenn eine Anzeige kommt, hier vom obersten Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen. Dann die Gegenwelle.

Der Verein der Bundesrichter spricht von "rechtswidriger Behinderung". Die einstige FDP-Justizministerin fordert, "die Unabhängigkeit der Generalstaatsanwälte zu stärken". In der Tat: Wie kann die Exekutive – Justizminister Maas – einen aufrechten Ankläger nach kurzem Prozess abservieren, und zwar mit der "Netzgemeinde" der Wutblogger und Twitter-Agitatoren als selbst ernannter Jury? Hat der Staat nicht das Recht, seine Geheimnisse zu schützen?

Die *Spiegel*-Affäre II ist das nicht. Die Ermittlung gegen *netzpolitik.org* wurde gestoppt, Range verjagt. Redakteure wurden nicht verhaftet, Räume nicht durchsucht. Der *Spiegel* hatte auch keine Verschlussachen enthüllt, sondern die inkriminierte Titelseite *Bedingt abwehrbereit* anhand öffentlicher Quellen verfasst. Es war ein verfassungswidriger Durchgriff des rachsüchtigen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß. Er wurde entlassen, der *Spiegel* war salviert. Die junge Demokratie hatte ihre Feuerprobe bestanden.

Gegen diese Fast-Tragödie wirkt die "Rangelei" wie eine Farce. Dennoch widerspiegelt sie eine tiefere Wahrheit: Die Deutschen mögen ihre Dienste nicht, weder den BND noch die Gegenspionage, die jetzt verschämt "Verfassungsschutz" heißt. Kein Wunder, hat sich doch der totale Überwachungsstaat mit Gestapo und SD, dann der Stasi, in das kollektive Gedächtnis eingebrannt. Dem BND hängt noch immer seine Vergangenheit am Hals. Ein ehemaliger Hitler-General, Reinhard Gehlen, hatte ihn gegründet und Profis aus den alten SS-Netzwerken rekrutiert.

Jede Regierung hält seitdem Abstand, ganz anders als etwa der US-Präsident, der täglich den Lagebericht vom Director of National Intelligence bekommt. Die Regierung betrachtet den Dienst eher als Schmutzkind denn als legitimes Instrument der nationalen Sicherheit – manchmal mit üblen Folgen.

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 33 vom 13.08.2015.

In den Achtzigern baute Libyens Gaddafi mithilfe deutscher Firmen eine Giftgasfabrik in der Wüste. Die westlichen Dienste hatten es ausbaldowert, der BND auch. Bloß blieben die Berichte im Bermudadreieck des Kanzleramtes liegen – bis Reagan seinen Freund Kohl bei dessen Washington-Besuch in die Mangel nahm. Kohl fand es "unerträglich", ohne "Beweismittel" auf die "Anklagebank" zu geraten. Die hatte der BND jedoch längst geliefert. Düpiert steckte das Weiße Haus die Causa der *New York Times*, die mit der Kolumne *Auschwitz in the Sand* Furore machte. Erst jetzt lief die Bonner Maschinerie an – zum Schaden der Republik wie des Verhältnisses zu Amerika.

Was den Blick wieder nach vorn richtet, auf den ungeliebten BND und den noch weniger geschätzten Verfassungsschutz. Der BND fingert im Ausland herum, der Verfassungsschutz zu Hause, also im Geltungsbereich des deutschen Gesetzes. Kaum mehr zählen lassen sich die Skandale und Affären, die dem Bundesamt und den Landesämtern anhängen: Ost-Agenten in den eigenen Reihen, Lauschangriffe, Beobachtung der "Linken", Überwachung von Journalisten und Anwälten, zuletzt die Pannen beim Kampf gegen Rechtsextreme – vom V-Mann-Einsatz bis zum NSU-Prozess .

Gelegentlich ist es nützlich, wenn die Exekutive nicht genau weiß, was die Dienste treiben, ob jenseits der Legalität im Ausland oder in der Grauzone des Gesetzes im Inland. Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß, reimt der Volksmund. Die Anglos reden von *plausible deniability*, von Fehlritten, die sich glaubhaft abstreiten lassen. Kommt es raus, rollen nur die Köpfe der unteren Chargen.

Bloß ist Abstand ein doppelköpfiges Ding. Die Brandmauer schützt die Exekutive vor Peinlichkeiten, aber auch die Dienste vor dem allzu scharfen Blick. Das wirft das demokratietheoretische Problem der parlamentarischen Kontrolle auf, das noch jeden Skandal begleitet hat, also Staatsgeheimnis vs. liberaler Rechtsstaat, Prinzip gegen Prinzip.

Das Prinzip der Demokratie ist die Transparenz aller politischen Prozesse. Doch die Staatsräson, die in Deutschland zum Fremdwort mutiert ist, gebietet Geheimhaltung, weil die Dienste per definitionem im Geheimen agieren. Verdeckte Ermittlungen können nicht Thema einer Pressekonferenz sein, ebenso wenig wie die Anwerbung und Führung von Agenten. Im Inland muss ein Richter die Telefonüberwachung genehmigen; doch ein Dienst, der verrät, welche Mails und Gespräche aus dem Ausland er unter Abermilliarden

zur Auswertung herauspicks, kann gleich einpacken. Und die Zusammenarbeit mit den Diensten der Verbündeten vergessen.

Andererseits: Alle Dienste dieser Welt – auch die demokratischen, auch im Inland – neigen in ihrer Sammelwut zur unaufhörlichen Revierausweitung, und zwar im Dunkeln. Finden sie die Nadel in dem einen Heuhaufen nicht, werden sie zehn andere auftürmen. Deshalb muss die Kontrolle her – in Deutschland durch das Parlamentarische Kontrollgremium und den G-10-Ausschuss .

Das PKGr ist im Vergleich zum entsprechenden Senatsausschuss SSCI der USA ein Zweitligaverein – wie übrigens auch die deutschen Dienste, die es nicht einmal schaffen, das Kanzler-Handy abzuschotten. Der Senatsausschuss kann jedermann vorladen, auch unter Zwang. Das deutsche Gremium kann das nicht. Es kann zwar Akteneinsicht verlangen, aber die Regierung kann diese aus "zwingenden Gründen" verweigern. Auch CIA und NSA betreiben *stonewalling*, indem sie im Hearing mauern, Dokumente zurückhalten. Dagegen hält der Senatsausschuss zwei Waffen bereit, die das PKGr nicht hat: den Straftatbestand des Contempt of Congress, der Missachtung des Parlaments, und die Budgethoheit. Zeigen sich die Dienste unbotmäßig, hapert es plötzlich bei der Bewilligung.

In der *FAZ* bringt es Majid Sattar auf den Punkt: "Weil die Kontrolleure zahnlos sind, müssen sie umso lauter brüllen." Die Wächter sind letztlich nur Bittsteller. Also spielen sie über die Bande und verschärfen so ihr Problem. Vertraulichkeit ist ein Fremdwort im PKGr, weil einzelne Mitglieder das Gehörte an die Medien weitertragen, um öffentlichen Druck zu erzeugen oder Wahlkampfpunkte zu sammeln. Außerdem sind Linke und Grüne sowieso keine Freunde der Geheimdienste. Merke: Investigative Reporter graben selten etwas aus, sie kriegen es meistens frei Haus.

Derlei Schwatzlust kennen die Dienst-Herren; deshalb plaudern sie so weitschweifig wie belanglos. Die Geschwätzigkeit der Kontrolleure bedingt die Abwehrtaktik der Kontrollierten – und umgekehrt. Wer gegen Mauern anrennt, wird Tunnel in die mediale Öffentlichkeit graben. Indes: Ohne Macht zwar keine Kontrolle, aber auch kein Verantwortungsgefühl.

Wie den demokratischen Teufelskreis durchbrechen? Die Liste der Vorschläge ist so lang wie jene der Geheimdienstskandale. Die gibt es auch in Amerika, aber dort sind die Senatswächter bewaffnet. Nur funktioniert die Präsidial- anders als die Kabinettsdemokratie. Auch in dieser herrscht Gewaltenteilung. In der Praxis obsiegt aber die Parteiräson; die Mehrheit dient der von ihr gestellten Regierung. Unter der US-Verfassung versteht sich der Kongress, welcher Couleur auch immer, als mächtiges Gegengewicht zum Weißen Haus.

2014 veröffentlichte der Senatsausschuss unter Führung der Demokratin Dianne Feinstein (deren Partei damals noch die Mehrheit hielt) einen vernichtenden Report über CIA-Folter

seit dem 11. September – 524 Seiten lang, ein Destillat aus 6000. Als Verbeugung vor der Staatsräson (und der republikanischen Minderheit) wimmelt es darin vor geschwärzten Stellen. Noch interessanter war die Liste allein der namentlich genannten Mitarbeiter: zwei Dutzend, dazu zahllose Ungenannte.

Es würde schon helfen, wenn das PKGr ein halbes Dutzend Profis hätte. Denn das Gremium stochert im Nebel der Verschleierung. Die Mitglieder wissen zu wenig, um die richtigen Fragen zu stellen. Ein geschulter Stab brächte die Fakten ans Licht, die Dienste und Regierung für sich behalten wollen, aber nicht sollten. Die nächste Affäre ist programmiert.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2015/33/geheimdienst-deutschland-bnd-gestapo-stasi>